



WARUM UNS DIE REICHEN TEUER ZU STEHEN KOMMEN

Fakten zur Verteilung von Vermögen
und Steuern in Österreich.

Stand: Oktober 2024



Andrea Heimberger, MSc
DIREKTORIN

Andreas Stangl
PRÄSIDENT

EDITORIAL

In Österreich ist die Vermögensungleichheit im EU-Vergleich besonders groß und sie wird laufend größer. Das reichste Zehntel der Bevölkerung besitzt mittlerweile mehr als die Hälfte, nach neuesten Studienergebnissen sogar zwei Drittel des gesamten Vermögens. Die vermögensärmere Bevölkerungshälfte besitzt rund 4 Prozent des Vermögens. Weniger haben die ärmeren Bevölkerungshälften in Europa nur in den Niederlanden und in Deutschland. Das ist nicht nur ein großes Gerechtigkeitsproblem, sondern zieht weitere Probleme für Demokratie und Gesellschaft nach sich. Denn diese Verteilungsschieflage ist Gift für die Entwicklung der Volkswirtschaft und der Gesellschaft.

Ein sozialer und ökologischer Entwicklungspfad Österreichs erfordert eine Vielzahl an verteilungspolitischen und steuerpolitischen Reformen. Potenzial dafür ist genügend vorhanden. Österreich ist Schlusslicht bei vermögensbezogenen Steuern, obwohl das private Vermögen nicht nur besonders hoch, sondern auch bei wenigen konzentriert ist. Auch Unternehmen werden von der Regierung großzügig bedient. Etwa mit milliardenschweren Überförderungen während der Covid-Pandemie. Oder durch die Senkung der Gewinnsteuern (Körperschaftsteuer) von ohnehin niedrigen 25 auf 23 Prozent. Allein dadurch verliert der Staat pro Jahr mehr als 1,1 Milliarden Euro an Einnahmen.

Es braucht eine echte Steuerstrukturreform, die höhere Beiträge von den Vermögenden verlangt und im Gegenzug Arbeit steuerlich entlastet. Internationale Organisationen empfehlen das Österreich seit Jahren und es würde einen Schub an Wachstum und Beschäftigung erzeugen, der gerade aktuell so wichtig wäre. So kann auch sichergestellt werden, dass der österreichische Sozialstaat, der für die große Mehrheit der Bevölkerung ein Wohlstandsgarant ist, weiterhin solide finanziert ist. Eine Senkung der sogenannten Lohnnebenkosten bringt hingegen keineswegs, wie von den Unternehmern behauptet, netto mehr Einkommen für die Arbeitnehmer:innen. Sie erhöht nur die Profite. Für die Arbeitnehmer:innen hat sie hingegen Leistungskürzungen zur Folge, z.B. bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfällen oder im Alter. Sie schädigt daher den Sozialstaat, der das gemeinsame Vermögen von uns allen ist.

Gerade angesichts der noch immer dramatischen Teuerung muss verhindert werden, dass die Krisenkosten auf die Arbeitnehmer:innen abgewälzt werden. Nach der letzten Wirtschaftskrise sind europaweit Sozialstandards abgebaut worden, mit verheerenden Folgen. Nur ein gut ausgebauter Sozialstaat bietet Sicherheit in herausfordernden Lebenssituationen, gute Bildung, ein gutes Gesundheitssystem und eine öffentliche Infrastruktur, die allen zugute kommt. Er kann auch für ausreichende und hochwertige Arbeitsplätze sorgen. Dafür braucht es ein entsprechendes Steueraufkommen. Es muss aber gerechter verteilt sein. Vor allem die Reichsten müssen deutlich mehr als bisher dazu beitragen. Mit dieser Broschüre möchten wir aktuelle Daten zu Vermögen, Reichtum und Steuern zur Verfügung stellen. Diese sollen zu einer Debatte um eine gerechte Verteilung des Wohlstands und damit eine solide Basis für eine soziale und ökologische Entwicklung Österreichs anregen.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Heimberger'.

Andrea Heimberger, MSc
Direktorin

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Stangl'.

Andreas Stangl
Präsident



INHALT

Schieflage der Vermögensverteilung	4
Vermögenskonzentration in Österreich besonders hoch	4
Offizielle Berichte unterschätzen Reichtumskonzentration an der Spitze	4
Reiche „verrechnen“ sich in die Verteilungsmitte	5
Österreichs Erhebungsmethode ist verbesserungswürdig	5
Das reichste Prozent besitzt 40 Prozent des Vermögens	5
Die Verteilung des Reichtums ist in Österreich besonders ungleich	6
Durchschnittliches Nettovermögen der Haushalte in Österreich	6
Österreichs reichste 10 Personen bzw. Haushalte besitzen 114 Milliarden Euro	7
Krümel für die vermögensärmere Hälfte	8
Die Bedeutung von Immobilieneigentum	9
Je höher das Einkommen, desto höher der Eigentumsanteil beim Wohnen	10
Je reicher, desto häufiger und wertvoller wird geerbt	11
Vermögensungleichheit wird als ungerecht empfunden	12
Unser Sozialstaat ist das Vermögen der Vielen	13
Österreichs ungerechtes Steuersystem	14
Eine gerechte Steuerpolitik für alle	14
Die Verteilung der Steuerlast in Österreich	14
Österreich Steuerparadies für Vermögende	15
Kostspielige Steuergeschenke für Unternehmen	16
Erfolge bei der internationalen Gewinnbesteuerung	16
Ungleichgewicht in der österreichischen Steuerpolitik	17
Eine gerechte Steuerreform für ein ausgewogenes Steuersystem	17
Mythen und Wahrheit über Steuern	18
Exkurs: AK-Modell einer Vermögenssteuer	18
Exkurs: Internationale Empfehlungen für Vermögenssteuer	19
Exkurs: Einstellungen zu Vermögenssteuern	21
Keine weiteren Steuergeschenke für Großkonzerne	21
Forderungen der Arbeiterkammer OÖ	22
Impressum	24

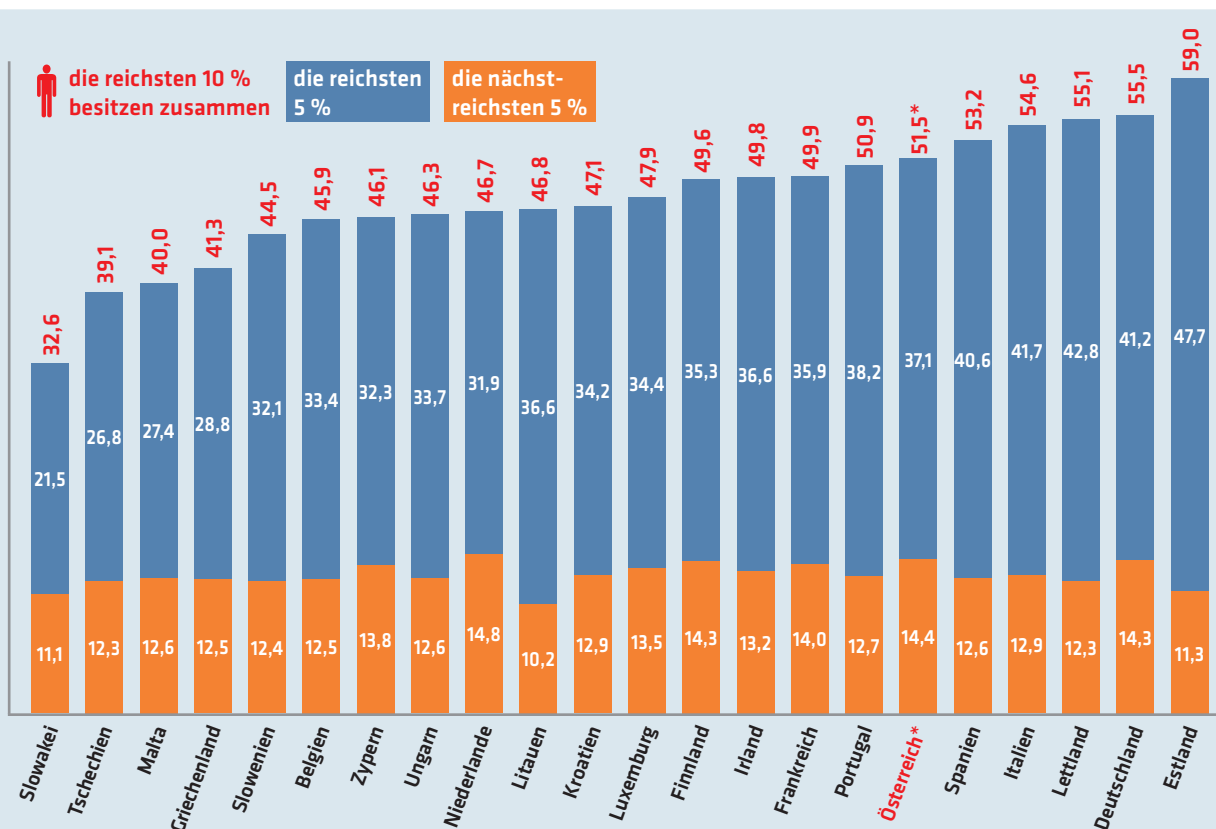
SCHIEFLAGE DER VERMÖGENSVERTEILUNG

Vermögenskonzentration in Österreich besonders hoch

Die Besitzanteile der reichsten Eliten in Österreich sind im europäischen Vergleich sehr hoch. Denn das vermögendste Zehntel der Haushalte besitzt mehr als die Hälfte des gesamten privaten Netto-Vermögens (Geld-,

Sach- und Immobilienvermögen). Laut Erhebungen der Europäischen Zentralbank (EZB) und der österreichischen bzw. anderer Nationalbanken gibt es nur in Estland, Deutschland, Lettland, Italien und Spanien eine höhere Reichtumskonzentration als hierzulande.

BESITZANTEILE DER REICHSTEN 10 PROZENT ANTEIL AM PRIVATEN NETTO-VERMÖGEN IN PROZENT 2021



AK Grafik; Quelle: ÖNB, HFCS 2021 (Stand: 2023); private Netto-Vermögen (Geld- Sach- und Immobilienvermögen)

Offizielle Berichte unterschätzen Reichtumskonzentration an der Spitze

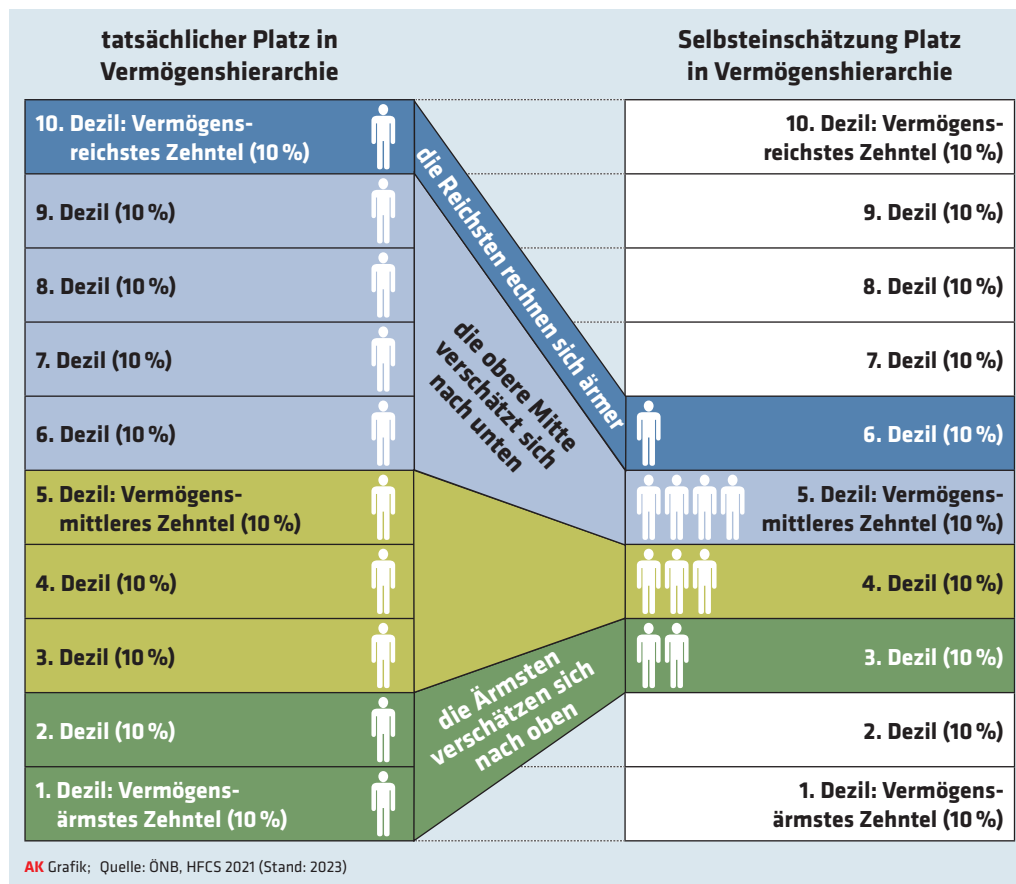
Die in vielen EU-Ländern durchgeführte Erhebung zu finanzieller Situation und Konsum der Haushalte („Household Finance and Consumption Survey“ – HFCS) kann die Verteilung der Privatvermögen für die breite Be-

völkerungsmehrheit gut beschreiben. Allerdings wird in Österreich die Reichtumsspitze und somit die Vermögenskonzentration in Händen weniger Reicher nur unzureichend erfasst und somit unterschätzt. Denn mit steigendem Vermögen sinkt sowohl die Teilnahmewilligkeit als auch die Richtigkeit der Angaben.

Reiche „verrechnen“ sich in die Verteilungsmitte

Während sich in Österreich in der vermögensarmen Hälfte der Bevölkerung noch mehr als ein Drittel bis ein Viertel richtig einschätzt, was den eigenen Platz in der Vermö-

genshierarchie anbelangt, sinkt die korrekte Selbstverortung in der oberen Hälfte massiv: im vermögensreichsten Zehntel sind gerade mal rund sechs Prozent in der Lage oder willig, sich richtig einzuordnen. Sie „verrechnen“ sich am deutlichsten nach unten. Fast alle wollen sich in der Verteilungsmitte sehen:



Österreichs Erhebungsmethode ist verbesserungswürdig

Methoden zur Verbesserung der Datengrundlage am obersten Rand der Verteilung sind bekannt und werden bereits in 17 von 22 Ländern der letzten Vermögenserhebung "Household Finance and Consumption Survey" (HFCS) der Europäischen Zentralbank angewandt. Die Führung der österreichischen Nationalbank (ÖNB) hat bisher aber abgelehnt, reiche Haushalte überproportional in diese Befragung miteinzubeziehen, obwohl das international üblich ist. Selbst die Vermögensexperten der österreichischen Nationalbank (Fessler, Linder, Schürz) gestehen ein, dass ihnen ohne dieses „Oversampling“ eine korrekte Schätzung der Besitzanteile an der Spitze nicht möglich ist.

Das reichste Prozent besitzt 40 Prozent des Vermögens

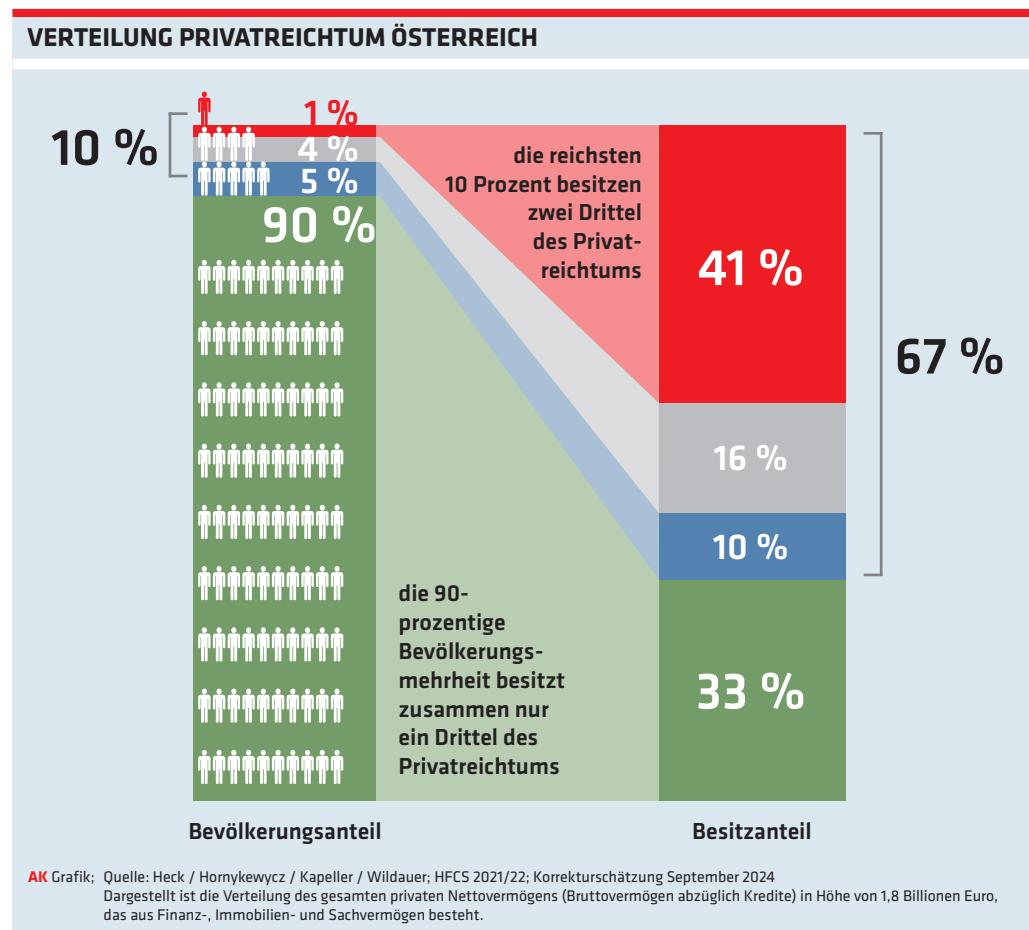
In den im Juni 2023 veröffentlichten HFCS-Ergebnissen sind die für 2021 ausgewiesenen Besitzanteile für Österreichs reichstes 1 Prozent mit nur 16,3 Prozent statistisch nicht signifikant bzw. viel zu niedrig. Zum Vergleich verweisen die ÖNB-Experten auf EZB-Analysen, wonach in Österreich im dritten Quartal 2022 die Top 1 Prozent über ein Vermögen von zusammen 40 Prozent verfügten! Und laut experimenteller EZB-Statistiken betrug im zweiten Quartal 2023 der aktuelle Besitzanteil der Top 5 Prozent in Österreich sogar 53,5 Prozent!

Das entspricht auch den mehrmaligen Korrekturschätzanalysen von Experten der Johannes-Kepler-Universität. Auch auf Basis der von Vermögensverwaltern bzw. von Medien erstellten Berichten oder Reichenlisten (UBS, Trend, Forbes etc.) ist ein realistischeres Bild der in Österreich besonders krassen Reichtumskonzentration möglich.

Die Verteilung des Reichtums ist in Österreich besonders ungleich

Eine im September 2024 veröffentlichte Studie (Heck / Hornykewycz / Kapeller / Wildauer: „Vermögensverteilung in Österreich:

Eine Analyse auf Basis des HFCS 2021/22“) schätzt das österreichische Privatvermögen auf 1,8 Billionen Euro (statt 1,2 Billionen Euro laut HFCS) und den Anteil des reichsten 1 Prozent der Haushalte auf 41 Prozent (statt 16 Prozent laut HFCS). Die Daten aus der HFCS-Befragung 2021 inklusive dieser Datenanpassung zeigen für Österreich also eine enorme Ungleichheit der Verteilung des gesamten privaten Nettovermögens. Die vermögenslosen oder vermögensärmeren 90 Prozent der Haushalte kommen zusammen nur auf etwa ein Drittel des Gesamtvermögens, das reichste Zehntel verfügt über zwei Drittel des Vermögens.



Durchschnittliches Nettovermögen der Haushalte in Österreich

Besonders deutlich wird die Spaltung der Vermögensverhältnisse beim Blick auf das reichste Prozent. Zu diesen gehören Haushalte ab einem Nettovermögen von 4,1 Millionen Euro. Im Durchschnitt hat das reichste Prozent ein Vermögen von 18,1 Millionen Euro, also das mehr als 140fache eines mittle-

ren Vermögens. Denn die Hälfte aller Haushalte hat ein Vermögen unter 118.000 Euro (= Median), das untere Viertel weniger als 13.000 Euro. Bereits ab einem Vermögen von etwa 330.000 Euro gehört ein Haushalt zum reichsten Viertel, ab rund 690.000 Euro zu den reichsten 10 Prozent. Hat ein Haushalt ein Vermögen von mehr als 1 Million Euro, gehört er zu den reichsten 5 Prozent.

DURCHSCHNITTLICHES NETTO-VERMÖGEN PRO HAUSHALT

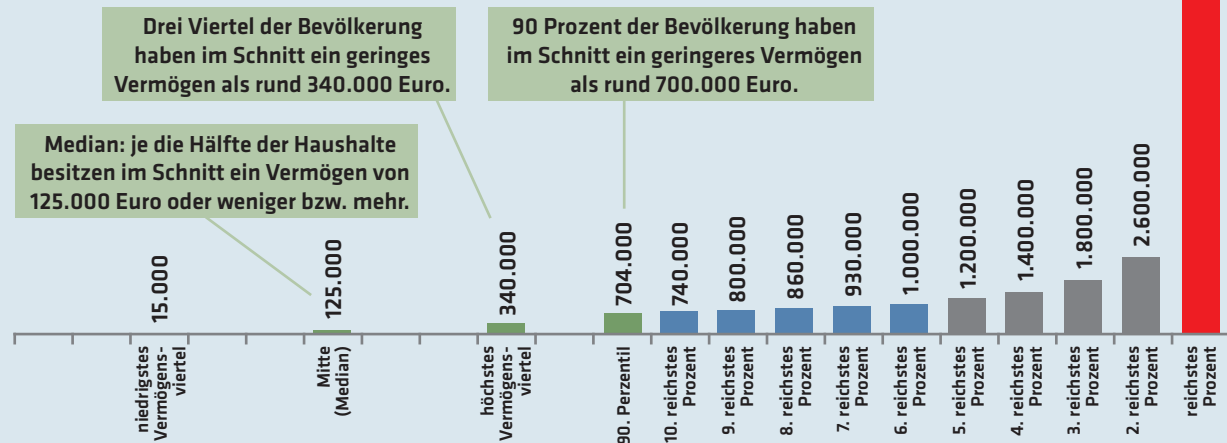
die 90-prozentige Bevölkerungsmehrheit



Das reichste eine Prozent der Bevölkerung besitzt im Schnitt 18,1 Millionen Euro.

die reichsten 10 Prozent

18.100.000



AK Grafik; Quelle: Heck / Hornykewycz / Kapeller / Wildauer; HFCs 2021/22; Korrekturschätzung September 2024; dargestellt sind ausgewählte Durchschnittsvermögenswerte aus der sogenannten Perzentilverteilung, die die Gesamtheit der privaten Haushalte nach der Höhe ihrer Nettovermögen reiht und die Haushalte in 100 gleich große Gruppen („Perzentile“) teilt; in der Grafik nicht dargestellt sind die Perzentil-Grenzwerte. Ein Beispiel: zum reichsten oberen Prozent gehört, wer mehr als 4,1 Millionen besitzt (= Top 1 % Grenzwert). Innerhalb des reichsten Prozents der Bevölkerung beträgt das Vermögen im Schnitt 18,1 Millionen Euro (= Top 1 % Durchschnittswert).

Österreichs reichste 10 Personen bzw. Haushalte besitzen 114 Milliarden Euro

Der private Reichtum in Österreich, bestehend aus Finanz- und Sach- bzw. Immobilienvermögen, betrug Ende 2022 laut Global Wealth Report 2023 rund 1,7 Billionen Euro, das sind 1.700 Milliarden Euro. Das enorme Vermögen ist allerdings extrem konzentriert an der Spitze. Bei einer Bevölkerung von rund neun Millionen Menschen, darunter

rund sieben Millionen Erwachsenen, besaßen 2022 nur 302.000 Personen ein Vermögen von mehr als einer Million US-Dollar (umgerechnet 930.000 Euro). Allein die reichsten zehn Familien bzw. Personen verfügten 2024 zusammen über ein Riesenvermögen von 114 Milliarden Euro. Zum Vergleich: die österreichische Jahreswirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt – BIP) beträgt rund 500 Milliarden Euro.

ÖSTERREICH'S REICHSTE (2024)

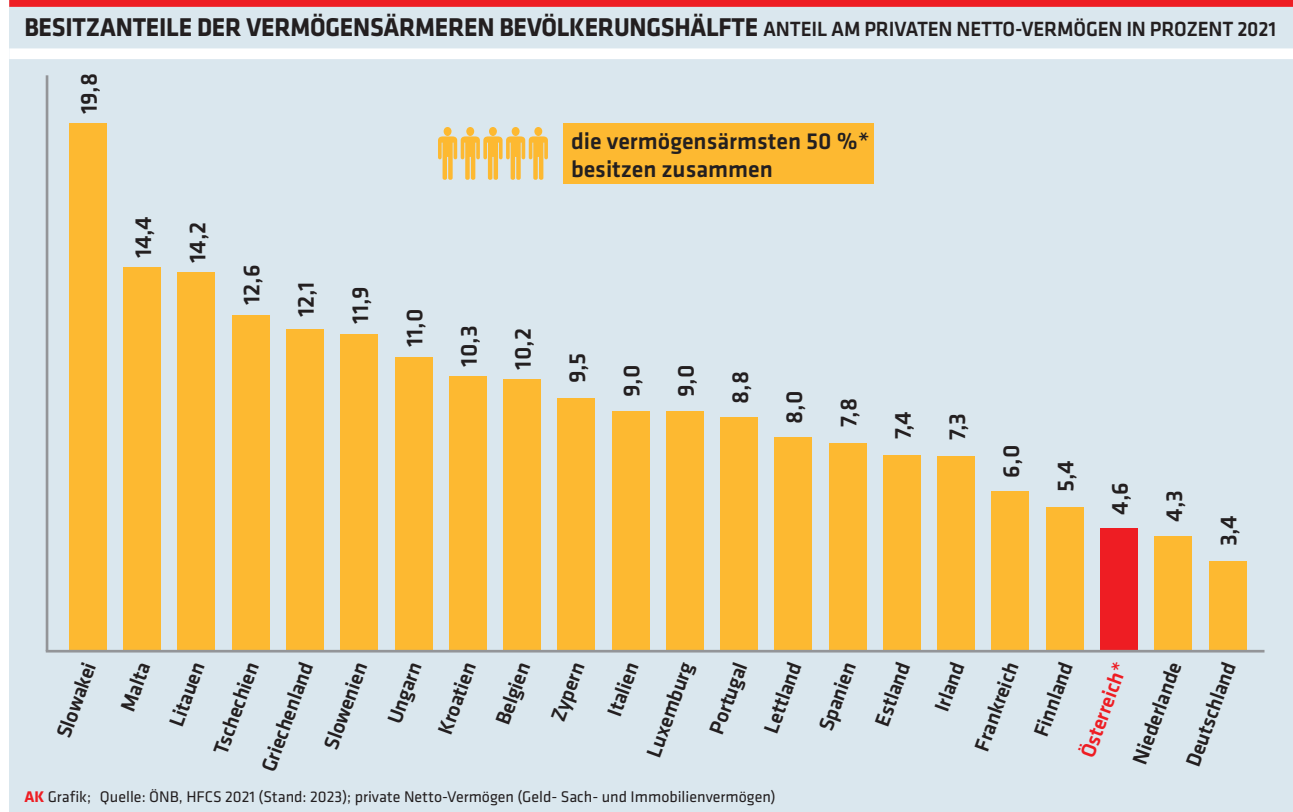
Name	Hauptvermögenswerte	Vermögen 2024 in Euro
Porsche & Piëch, Familien	Beteiligung Porsche, VW, Finanzanlagen, Immobilien	36.500.000.000
Mateschitz, Mark	Red Bull GmbH (49%), Plus Medien, Hotels, Beteiligungen	35.800.000.000
Stumpf, Georg	Industriebeteiligungen (M+W-Gruppe, exyte); Immobilien	8.600.000.000
Sohmen, Helmut & Familie	BW Group (Reederei)	6.500.000.000
Graf, Johann	Novomatic-Gruppe	6.000.000.000
Wlaschek, Familie	Erben nach K. Wlaschek; Immobilien; Billa-Verkauf	4.800.000.000
Geiger, Reinhold	L'Occitane Gruppe SA (Kosmetik)	4.100.000.000
Lehner, H. + G. Familien	Alpla-Gruppe (Kunststoff, Verpackungen)	3.900.000.000
Flick, Ingrid & Familie	Finanzvermögen aus Erbe nach F.K. Flick	3.800.000.000
Swarovski, Familie	Glas, Kristall, Optik, Schleifmittel	3.750.000.000

AK Grafik; Quelle: Trend, 12. Juli 2024

Krümel für die vermögensärmere Hälfte

Während eine kleine Reichtumselite mehr als die Hälfte des Reichtums besitzt, bleibt nur wenig für den Rest der Bevölkerung. Am

wenigsten in Deutschland, wo sich die vermögensärmere Bevölkerungshälfte insgesamt nur 3,4 Prozent des Gesamtvermögens teilen muss, gefolgt von den Niederlanden mit 4,3 bzw. Österreich 4,6 Prozent:





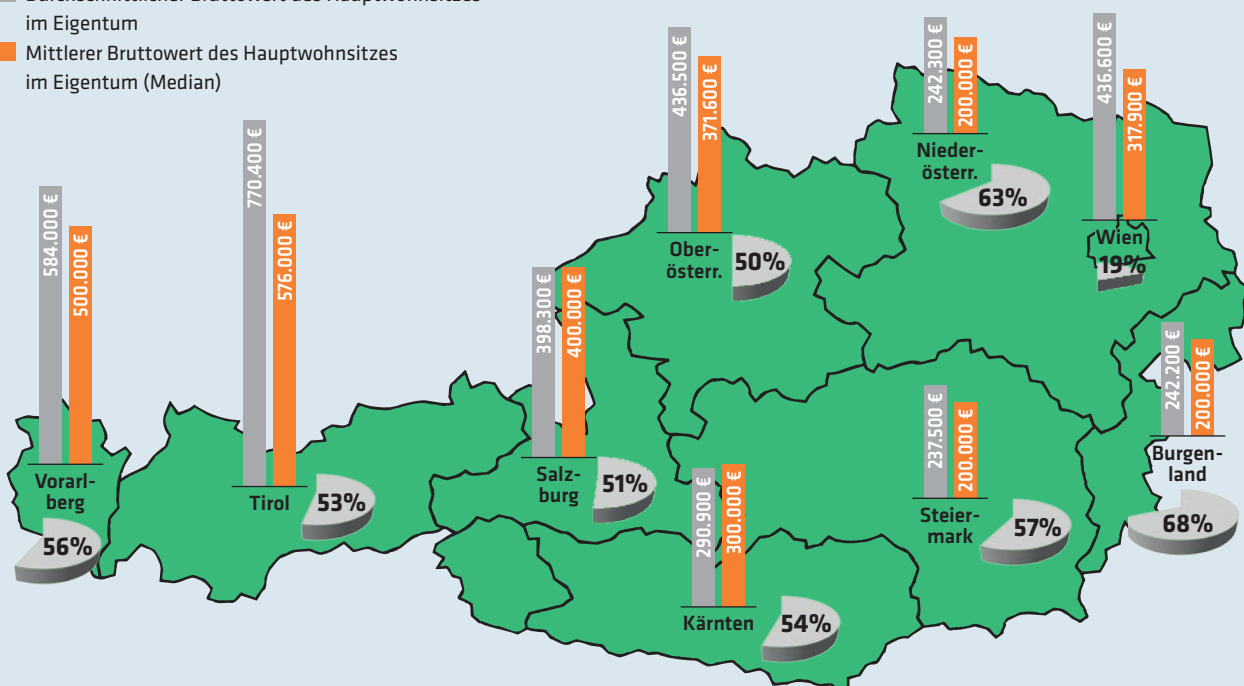
Die Bedeutung von Immobilieneigentum

Rund zwei Drittel des gesamten Brutto-Vermögens in Österreich besteht aus Eigentum am Hauptwohnsitz sowie weiterem Immobilienvermögen. Der Rest besteht im Wesentlichen aus Unternehmenswerten und Finanzvermögen. Im bundesweiten Schnitt besitzt knapp jeder zweite Haushalt (47,6 Prozent)

seinen Hauptwohnsitz. Am wenigsten Eigenheimbesitzer:innen gibt es in Wien mit rund einem Fünftel der Haushalte, am meisten im Burgenland mit rund zwei Dritteln, in Oberösterreich ist es rund die Hälfte. Im Durchschnitt ist der Eigentumshauptwohnsitz brutto 372.100 Euro wert, im Median sind es 280.800 Euro. Das bedeutet, dass die Hälfte der Eigenheime weniger als 280.800 Euro wert ist.

ANTEIL DER HAUSHALTE MIT EIGENTUM AM HAUPTWOHNSITZ

- Durchschnittlicher Bruttowert des Hauptwohnsitzes im Eigentum
- Mittlerer Bruttowert des Hauptwohnsitzes im Eigentum (Median)



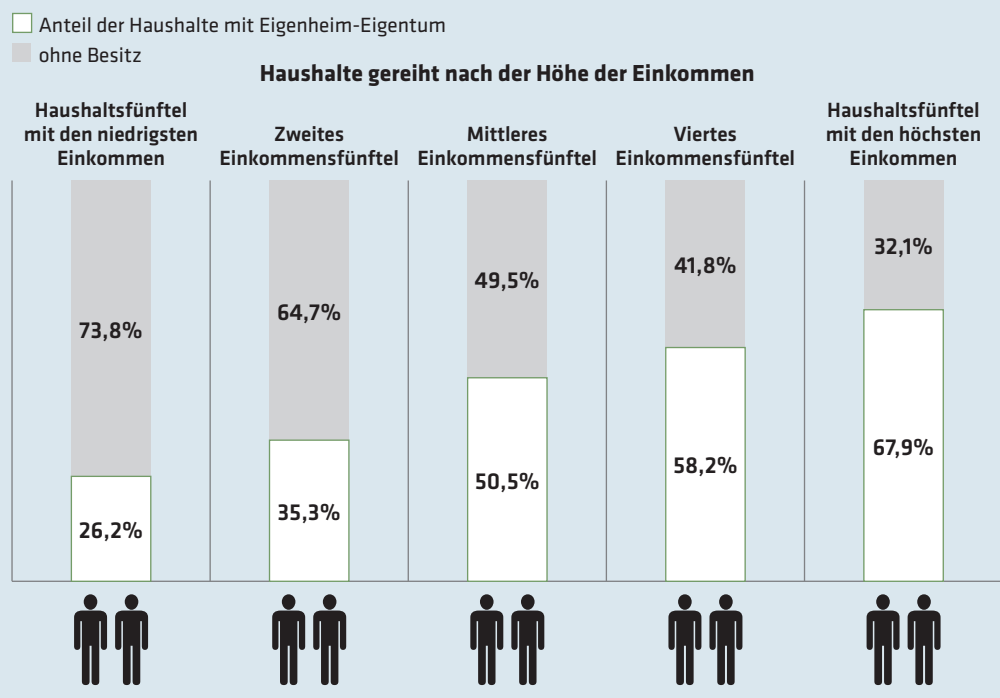
AK Grafik; Quelle: ÖNB, HFCS 2021 (Stand: 2023)

Je höher das Einkommen, desto höher der Eigentumsanteil beim Wohnen

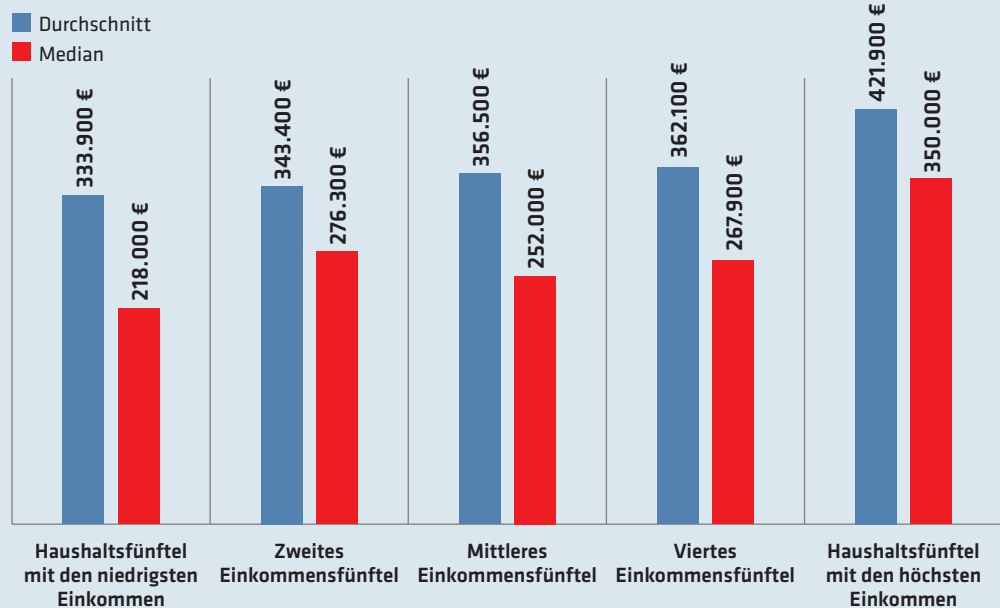
Die soziale und finanzielle Situation hat großen Einfluss auf die Wohnverhältnisse: Je höher das Einkommen, desto häufiger gibt es Eigentum und desto wertvoller ist die Immobilie. Im einkommensniedrigsten Fünftel besitzt nur rund jeder vierte Haushalt in

Österreich seinen Hauptwohnsitz als Eigentum mit einem Bruttowert von 218.000 Euro (Median). Im einkommenshöchsten Haushaltsfünftel steigt der Eigentumsanteil auf mehr als zwei Drittel. Dort ist das Eigenheim im Median 350.000 Euro wert. In dieser Gruppe spiegeln sich wegen Erhebungsmängeln millionenschwere Privat-Villen nicht wider!

EIGENTUM AM HAUPTWOHNSITZ



WERT DES EIGENHEIM-EIGENTUMS



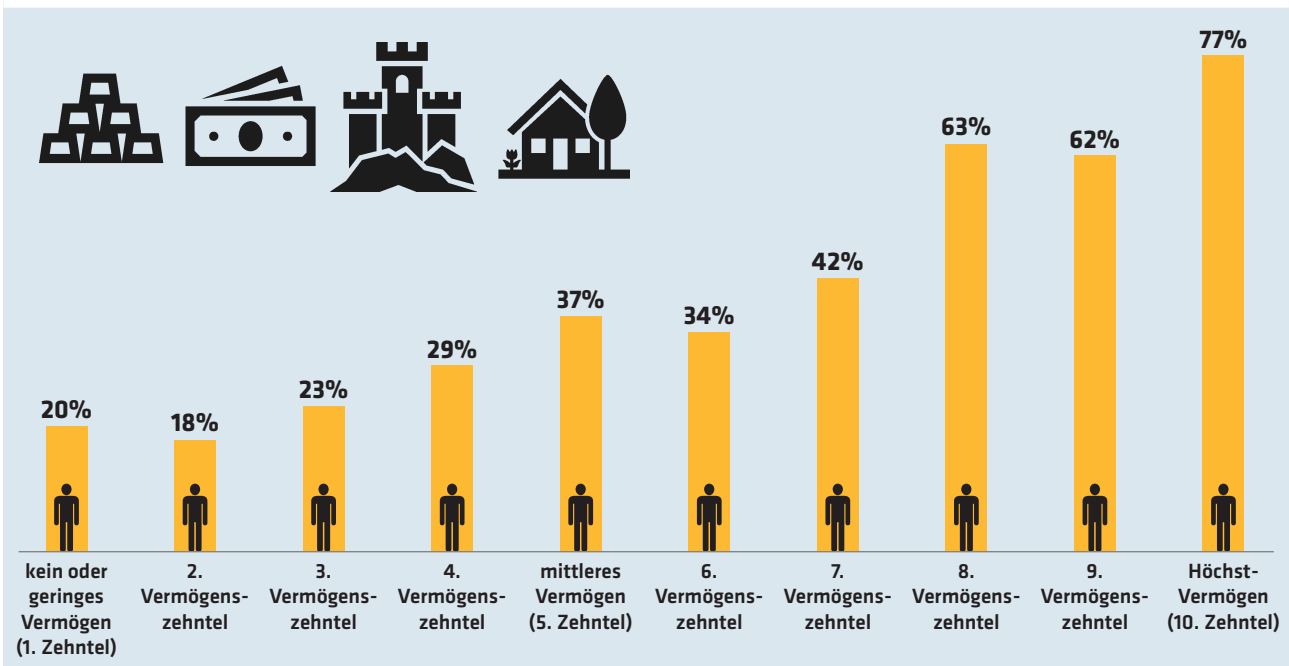
AK Grafik; Quelle: ÖNB, HFCS 2021 (Stand: 2023)

Je reicher, desto häufiger und wertvoller wird geerbt

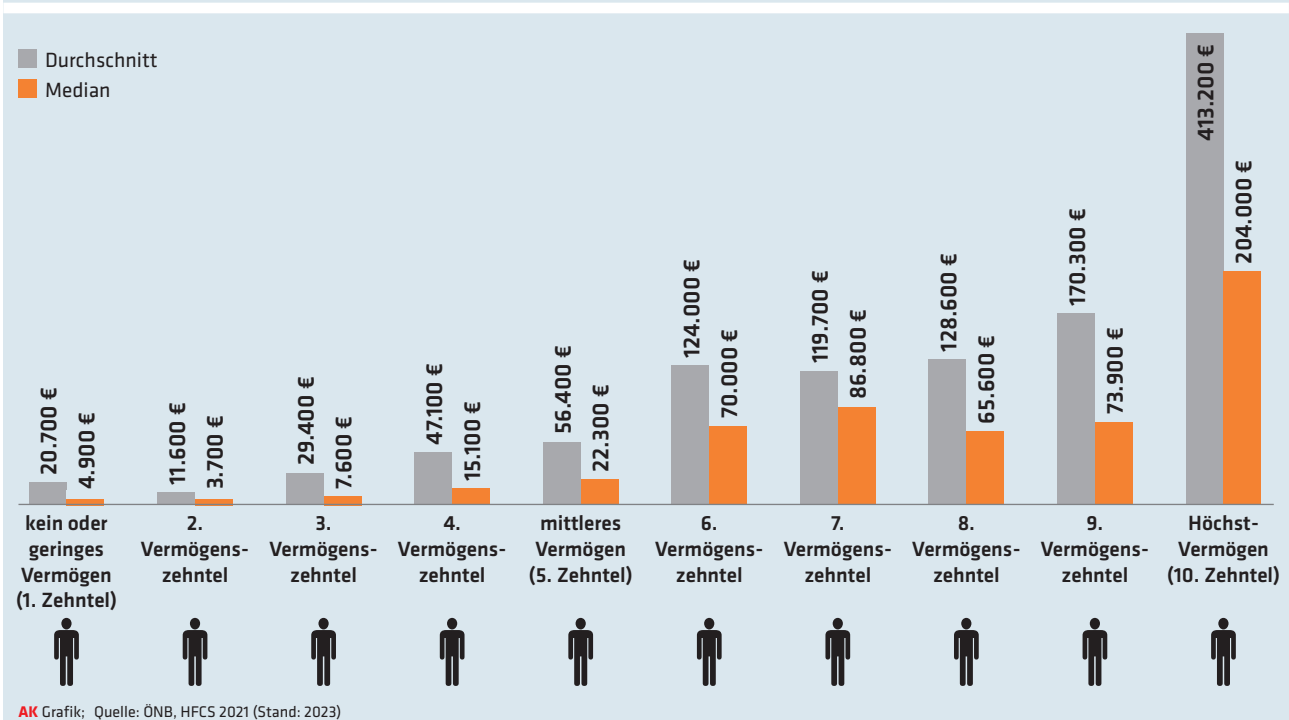
Erbschaften sind in Österreich sehr ungleich verteilt. Und sie sind eine wichtige Ursache für die hohe Vermögensungleichheit in Österreich. Vermögende erben häufiger und wertvoller – und noch dazu seit 2008 völlig steuerfrei! Haushalte mit wenig Vermögen erben selten und nur wenig; im vermögens-

ärmsten Haushaltszehntel erhält nur etwa ein Fünftel eine Erbschaft oder Schenkung. Im Schnitt beträgt diese rund 21.000 Euro, für die Hälfte dieser Gruppe weniger als 4.900 Euro (Median). Im reichsten Haushaltszehntel erhalten drei Viertel Erbschaften, im Schnitt 413.000 Euro (Median: 204.000 Euro). Millionen-Erbschaften am oberen Vermögensrand spiegeln sich wegen der Erhebungsmängel in diesen Zahlen nicht wider.

ANTEIL DER HAUSHALTE MIT EINER ERBSCHAFT / SCHENKUNG



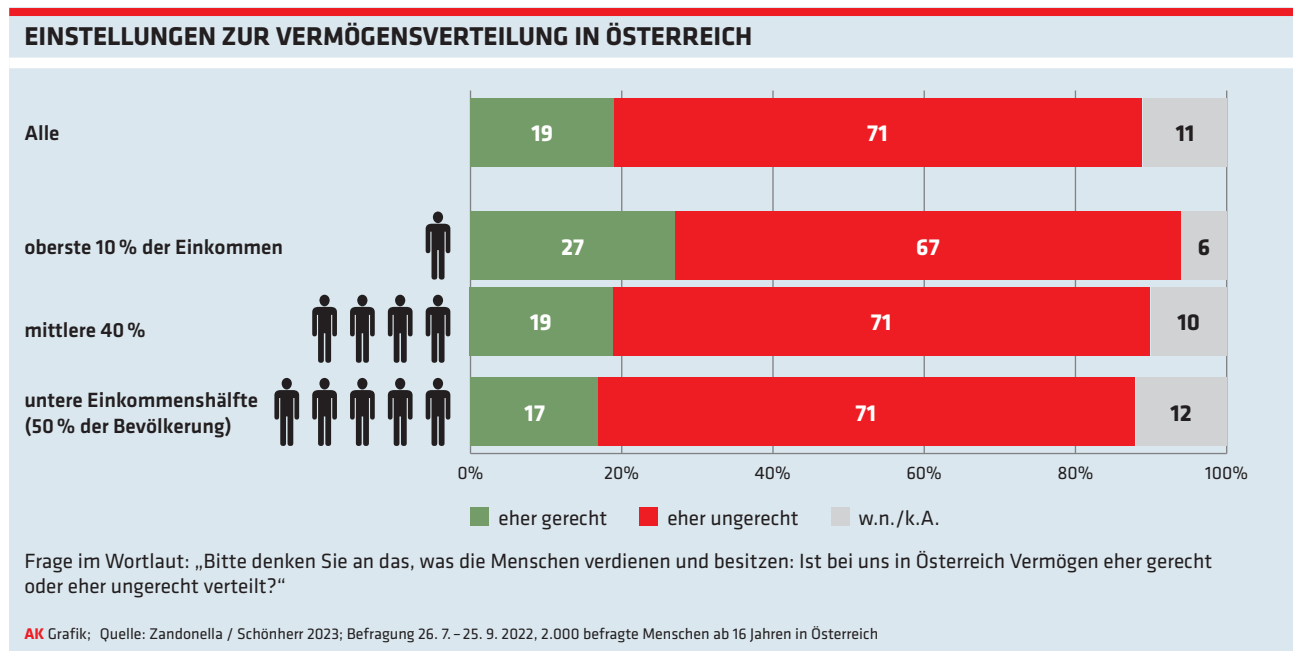
HÖHE DER ERBSCHAFTS- UND SCHENKUNGSWERTE



AK Grafik; Quelle: ÖNB, HFCS 2021 (Stand: 2023)

Vermögensungleichheit wird als ungerecht empfunden

Eine große Mehrheit der Bevölkerung ist der Meinung, dass die sehr ungleiche Vermögensverteilung in Österreich ungerecht ist. Das gilt sogar für die 10 Prozent mit den höchsten Einkommen.

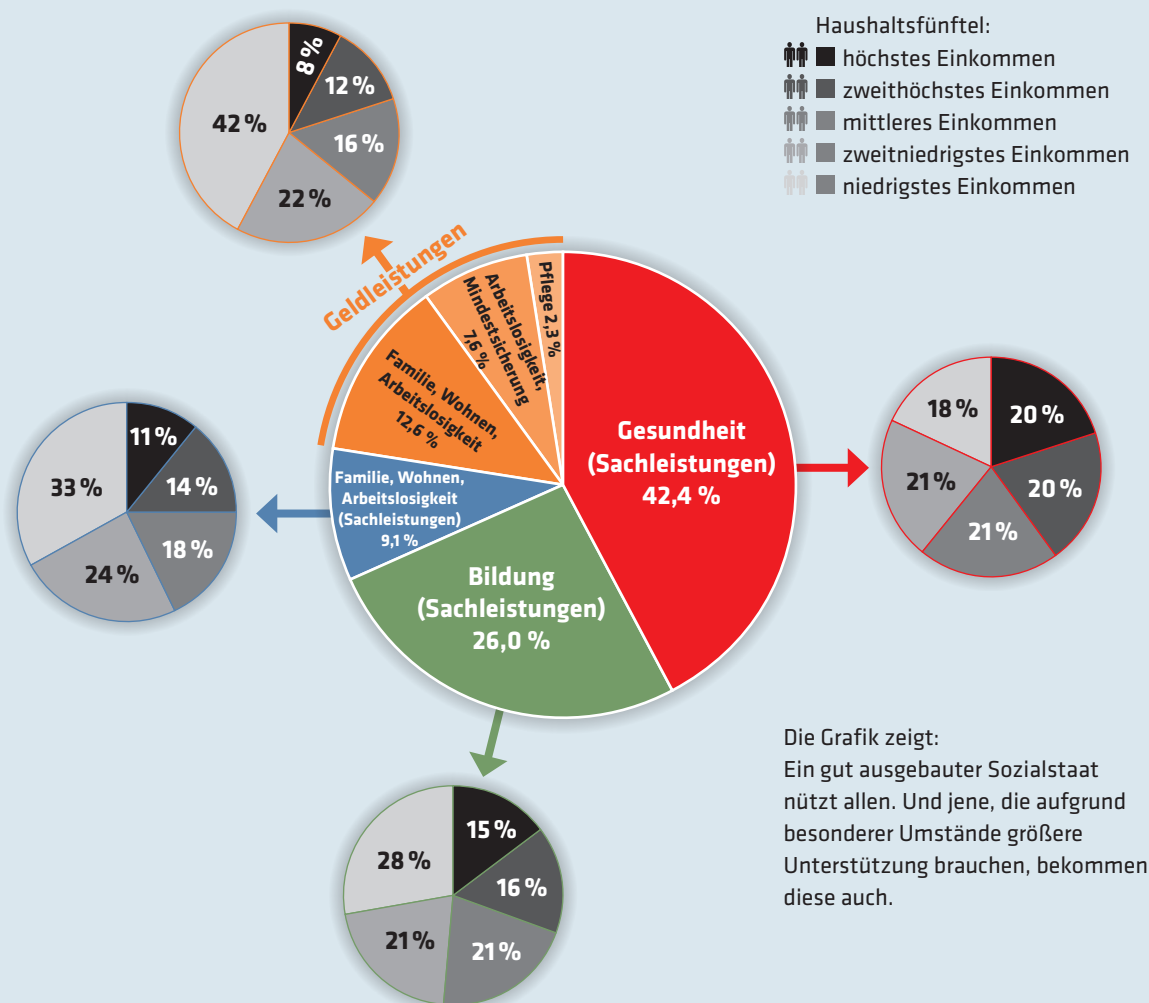


Unser Sozialstaat ist das Vermögen der Vielen

Durch den Sozialstaat werden soziale Risiken abgedeckt, die jeden Menschen im Laufe seines Lebens treffen können, wie z.B. Alter, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Arbeitsunfälle. Viele Leistungen des Sozialstaats kommen allen zugute, unabhän-

gig von der Höhe ihres Einkommens (ausgenommen z.B. Notstandshilfe und Mindestsicherung). Ein wichtiger Grundsatz des Sozialstaats ist die Solidarität. Das Solidarprinzip in der Sozialversicherung verhindert, dass Personen mit einem größeren Risiko (z. B. krank zu werden) höhere Beiträge zahlen müssen, wie das bei privaten Versicherungen der Fall ist.

STRUKTUR DER SOZIAL-AUSGABEN (OHNE PENSIONEN) IN ANSPRUCHNAHME NACH EINKOMMENSGRUPPEN IN ÖSTERREICH



AK Grafik; Quelle: WIFO (2023); Pensionen werden dabei als Einkommen gewertet und zählen somit nicht zu den Sozial-Ausgaben.

Mehr als zwei Drittel aller Sozial-Ausgaben (ohne Pensionen) entfallen auf Sachleistungen in den Bereichen ‚Gesundheit‘ (42,4 Prozent) und Bildung (26 Prozent), die von allen Einkommensgruppen fast gleichmäßig in Anspruch genommen werden. Die Familien-Sachleistungen, die zusammen mit jenen für Wohnen und Arbeitslosigkeit weniger als ein Zehntel der Ausgaben (9 Prozent) betragen, werden zur Hälfte von den beiden unteren

Einkommensfünfteln genutzt, 18 Prozent werden vom mittleren Einkommensfünftel beansprucht, das restliche Viertel von den oberen 40 Prozent. Die vergleichsweise geringen Staatsausgaben für Geldleistungen im Bereich Wohnen, Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe, Pflege (weniger als ein Viertel der Sozial-Ausgaben) kommen zu einem großen Teil dem Haushaltsfünftel mit den niedrigsten Einkommen zu Gute.

ÖSTERREICHS UNGERECHTES STEUERSYSTEM

Eine gerechte Steuerpolitik für alle

Der Sozialstaat braucht eine solide Finanzierung. Aber wer leistet welchen Beitrag zum Steueraufkommen? Das österreichische Steuersystem weist eine deutliche Ungleichheit auf, die zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht. Sie leisten den Großteil des Steueraufkommens, Großunternehmen und reiche Privatpersonen werden hingegen steuerlich begünstigt. Das verstärkt nicht nur die Ungleichheit in der Vermögensverteilung, sondern widerspricht auch dem Prinzip der Leistungsfähigkeit.

Eine gerechte Steuerpolitik würde sicherstellen, dass diejenigen, die viel leisten können – beispielsweise aufgrund eines großen Vermögens – auch einen entsprechend größeren Beitrag zum Gemeinwesen leisten. Derzeit ist in Österreich das Gegenteil der Fall: Wohlhabende Personen werden steuerlich begünstigt und können so ihren Besitz weiter vermehren, während diejenigen mit wenig oder keinem Besitz den Großteil des gesamten Steueraufkommens erbringen müssen.

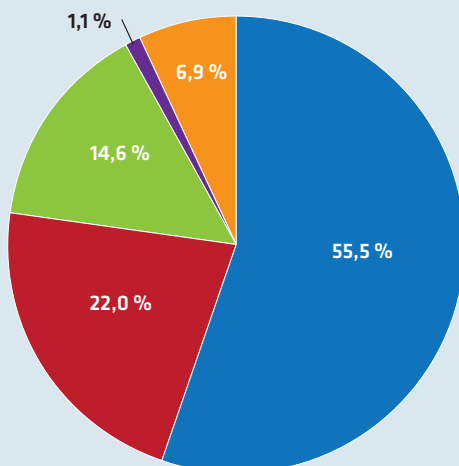
Die Verteilung der Steuerlast in Österreich

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tragen den größten Teil der Steuereinnahmen

in Österreich: Rund 55 Prozent stammen aus Lohnabgaben. Weitere 22 Prozent sind Steuern auf Konsum. Zusammen kommen fast 80 von 100 Steuer-Euros von Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen. Unternehmen und Vermögende tragen nicht einmal 20 von 100 Steuer-Euros bei. Ausschließlich aus Vermögen stammt kaum mehr als einer davon.

Der langjährige Kampf von Arbeiterkammern und Gewerkschaften gegen die schleichende Steuererhöhung durch die „kalte Progression“ bei der Lohn- und Einkommensteuer war erfolgreich. Die kalte Progression tritt auf, weil zusätzliches Einkommen, das durch die Inflationsanpassung der Löhne entsteht, mit dem aktuellen Grenzsteuersatz besteuert wird. Dadurch steigt der Durchschnittssteuersatz des Gesamteinkommens, was dazu führt, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trotz gleichbleibender Kaufkraft einen höheren Anteil ihres Einkommens als Steuern zahlen müssen. Seit 2022 wird die kalte Progression nun abgegolten, hauptsächlich durch die Anpassung der Steuertarifgrenzen und der Absetz- und Freibeträge. Eine „Entlastung“ ist das aber nicht. Denn es wird lediglich das abgegolten, was die Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen zuvor zu viel an Steuern bezahlt haben. Zur nachhaltigen Entlastung der Arbeitnehmer:innen ist daher eine Reform der Steuerstruktur notwendig.

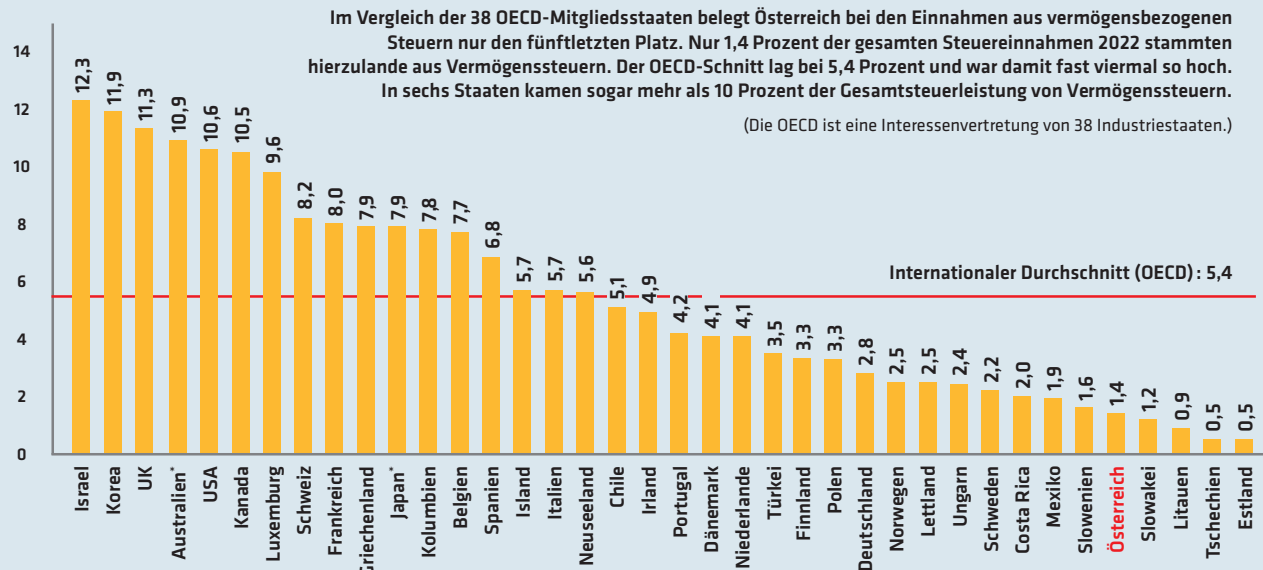
ZUSAMMENSETZUNG DER STEUERN UND ABGABEN IN ÖSTERREICH 2023 (ANTEILE IN PROZENT)



- ➔ **Lohnabgaben (55,5 %)**
(Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeiträge Dienstnehmer:innen und Dienstgeber, sonstige Lohnabgaben)
- ➔ **Steuern auf Konsum (22,0 %)**
(Umsatzsteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Energieabgabe etc.)
- ➔ **Abgaben von Gewinnen und Kapitalerträgen (14,6 %)**
- ➔ **Steuern auf Vermögen (1,1 %)**
- ➔ **Sonstige Abgaben (6,9 %)**
(nicht zuordenbar)

AK Grafik; Quelle: Statistik Austria, März 2024. Berechnungen der AK OÖ Konsumsteuern beinhalten adaptierte Werte für Umsatzsteuer und Mineralölsteuer. Die sonstigen Steuern enthalten Verbrauchssteuern u.Ä., die nicht auf private Haushalte und Unternehmen aufgeteilt werden können.

BEITRAG VERMÖGENSBEZOGENER STEUERN ZUM GESAMTEN STEUERAUFKOMMEN 2022 (ANTEILE IN PROZENT)



AK Grafik; Quelle: OECD Dezember 2023; Einnahmen aus Vermögenssteuern 2022 in Prozent aller Steuereinnahmen; Vermögenssteuern = Erbschaftssteuern, Grund(erwerbs)steuern, Kapitalverkehrssteuern, Bodenwertabgabe; 38 Mitgliedsstaaten der OECD; * = Zahlen aus 2021 (Australien, Japan).

Österreich Steuerparadies für Vermögende

Lediglich 1,4 Prozent der gesamten Steuereinnahmen Österreichs stammten 2022 von Vermögen. Damit liegt Österreich nur auf dem fünftletzten Platz unter den 38 Mitgliedsstaaten der OECD, einer Interessensvertretung dieser Industriestaaten. In Ländern wie den USA oder Großbritannien tragen Vermögen rund acht Mal so viel zum Steuerkuchen bei, in Deutschland immerhin noch mehr als doppelt so viel. Der durchschnittliche Anteil von Vermögenssteuern in den 38 OECD-Ländern beträgt mit 5,4 Prozent rund das Vierfache des österreichischen! Nur vier OECD-Staaten heben noch weniger Steuern auf Vermögen ein als Österreich. Das geht zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land!

Eine wesentliche Ursache dafür ist, dass Österreich die meisten vermögensbezogenen Steuern seit Mitte der 1980-er Jahre abgeschafft oder ausgesetzt hat. Hierzulande gibt es weder eine Erbschafts- und Schenkungssteuer, noch eine allgemeine Vermögenssteuer, noch eine Börsenumsatzsteuer. Das ist international völlig unüblich.

Österreich stellt sich damit gegen den internationalen Trend: Seit 1995 ist der Anteil der vermögensbezogenen Steuern im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung im Schnitt der OECD-Länder relativ stark angestiegen: von 1,5 auf 1,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im Jahr 2022. In einigen EU-Ländern war dieser Trend noch stärker. In Österreich dagegen stagnierte der Anteil im selben Zeitraum bei 0,6 Prozent des BIP.

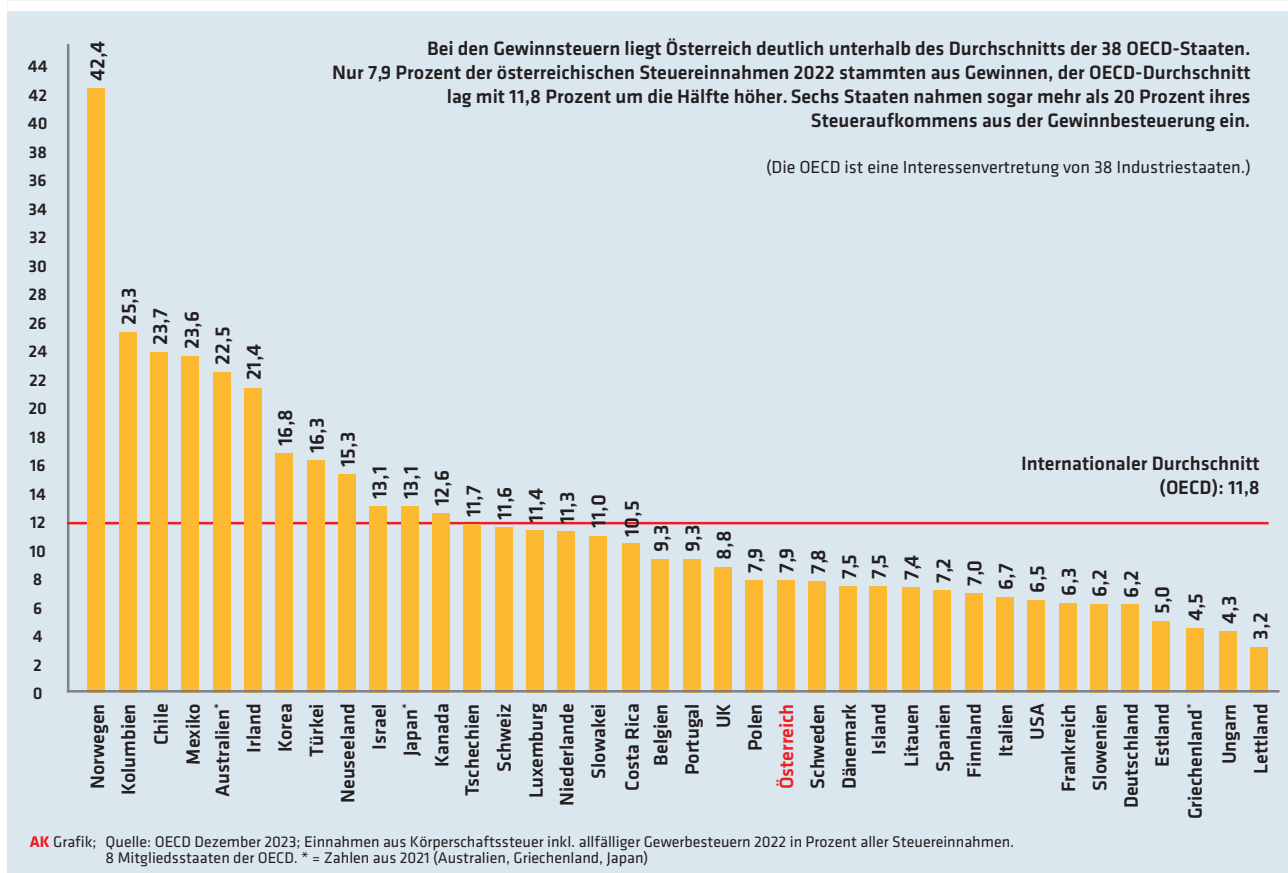


Kostspielige Steuergeschenke für Unternehmen

Auch Unternehmen tragen im Vergleich mit anderen Staaten in Österreich besonders wenig zum Steueraufkommen bei: Nur 7,9 Prozent der gesamten Steuereinnahmen Österreichs stammen aus Gewinnsteuern. Im Schnitt der 38 OECD-Staaten sind es mit 11,8 Prozent deutlich mehr. In sechs Staaten ka-

men sogar mehr als 20 Prozent des Steueraufkommens aus der Gewinnbesteuerung. Absoluter Spitzenreiter ist Norwegen mit mehr als 40 Prozent. Beim Anteil der Gewinnsteuereinnahmen an der Wirtschaftsleistung liegt Österreich mit 3,4 Prozent nur im Mittelfeld der OECD, die einen Durchschnittswert von 3,8 Prozent aufweist. Auch hier ist Norwegen mit 19 Prozent einsamer Spitzenreiter.

ANTEIL VON GEWINNSTEUERN AM GESAMTEN STEUERAUFKOMMEN 2022 (ANTEILE IN PROZENT)



Erfolge bei der internationalen Gewinnbesteuerung

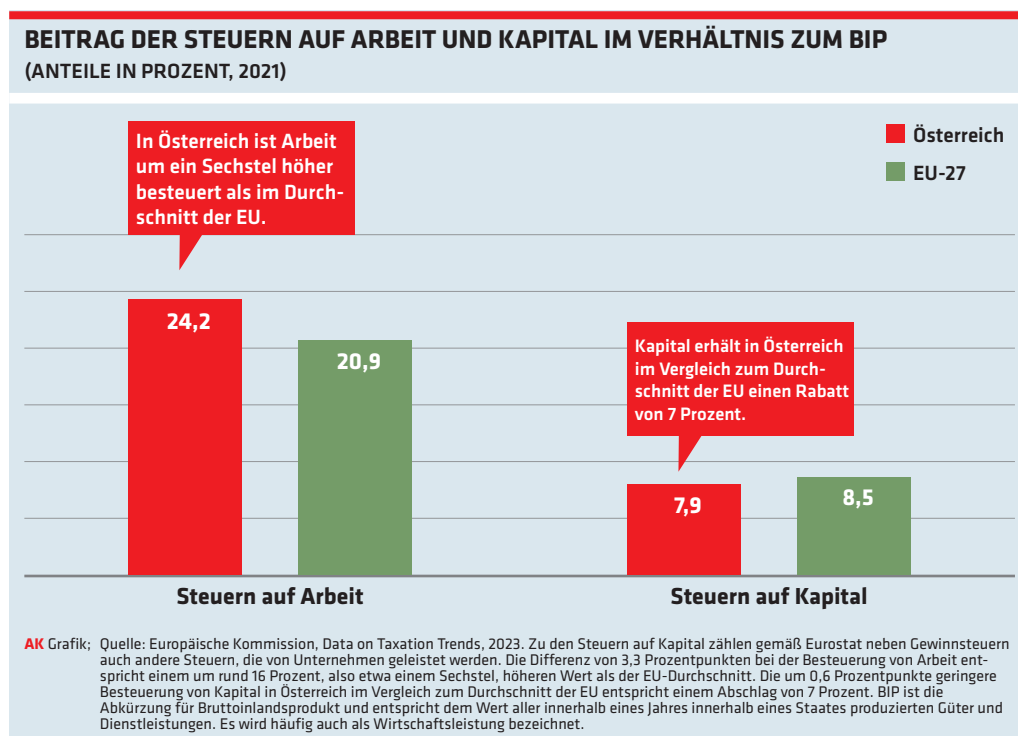
In den letzten Jahrzehnten haben Arbeitnehmervertretungen hart daran gearbeitet, eine gerechtere internationale Gewinnbesteuerung zu erreichen. Ihr Einsatz hat dazu beigetragen, dass sich mehr als 130 Staaten im Oktober 2021 darauf geeinigt haben, die Gewinne multinationaler Unternehmen, die

einen Jahresumsatz von mindestens 750 Millionen Euro haben, mit mindestens 15 Prozent zu besteuern. Große Konzerne haben es nun schwerer, ihre Gewinnsteuern durch Verschieben von Gewinnen in Staaten mit niedrigeren Steuersätzen zu reduzieren. In Österreich wird diese Mindestbesteuerung für Geschäftsjahre ab 2024 angewandt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Umsatzschwelle gesenkt und der Steuersatz angehoben wird.

Ungleichgewicht in der österreichischen Steuerpolitik

In Österreich werden Kapital und Vermögen steuerlich gegenüber der Arbeit bevorzugt. Die Abgaben auf Arbeit liegen um rund 16 Prozent über dem EU-Durchschnitt, während die Abgaben auf Kapital um rund 7 Prozent darunter liegen. Die großzügigen Steuer-

geschenke und Förderungen, die in den letzten Jahren an Unternehmen und Kapital verteilt wurden, sind ökonomisch weder sinnvoll noch notwendig und benachteiligen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das führt zu einer massiven Ungerechtigkeit zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.



Eine gerechte Steuerreform für ein ausgewogenes Steuersystem

Eine faire Steuerstruktur sollte das Ziel der österreichischen Steuerpolitik sein. Die Steuern auf Arbeit müssen gesenkt, die Steuern auf Vermögen erhöht werden. Um eine Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerecht zu finanzieren und den Beitrag der Vermögenden auf zumindest den Durchschnitt des internationalen Niveaus zu heben, braucht es eine Millionärssteuer auf Netto-Privatvermögen von über einer Mil-

lion Euro und/oder die Wiedereinführung einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer auf Millionenerbschaften. Es gibt keine überzeugenden wirtschaftlichen, verteilungspolitischen oder steuerpolitischen Argumente, die gegen einen höheren Beitrag der Vermögenden sprechen. Eine echte Steuerstrukturreform kann wichtige Impulse für das Wirtschaftswachstum setzen und dazu beitragen, die Ungleichheit zu verringern, die in den letzten Jahren auf verschiedenen Ebenen durch Krisen weiter verschärft wurde.

MYTHEN UND WAHRHEIT ÜBER STEUERN

MYTHOS 1:

Vermögenssteuern bringen nur wenig Steueraufkommen

Österreich zählt zu den reichsten Staaten der Welt. Außerdem haben hierzulande Superreiche einen überdurchschnittlich hohen Anteil am gesamten privaten Reichtum. Eine Millionärssteuer würde nur eine kleine, elitäre Gruppe betreffen. Dennoch vereint diese

WAHRHEIT:

Milliarden-Vermögen der Reichsten garantiert hohes Steueraufkommen

Gruppe einen so großen Anteil des Reichtums auf sich, dass mit einem Steueraufkommen in Milliardenhöhe zu rechnen ist. Deshalb fordern wir eine Millionärssteuer für eine gerechtere Gesellschaft.



EXKURS: AK-MODELL EINER VERMÖGENSSTEUER

Die Arbeiterkammer OÖ schlägt ein Modell für eine Vermögenssteuer mit einem Freibetrag von einer Million Euro vor. Die Steuersätze oberhalb der Freigrenze betragen 0,7 Prozent für Netto-Vermögen zwischen einer Million und zwei Millionen Euro, 1,0 Prozent zwischen zwei und drei Millionen Euro und 1,5 Prozent ab drei Millionen Euro. Diese Steuer würde nur die reichsten fünf Prozent der Haushalte betreffen. Dennoch wäre, selbst unter Berücksichtigung gewisser Ausweicheffekte, mit einem Steueraufkommen von 8,4 Milliarden Euro zu rechnen. Denn der private Netto-Reichtum (also nach Abzug von Schulden) in Österreich ist enorm. Er beläuft sich im Jahr 2021 auf rund 1.800 Milliarden Euro. Dem reichsten Prozent der Haushalte gehören davon 41 Prozent oder rund 730 Milliarden Euro, den reichsten fünf Prozent mehr als die Hälfte (genau sind es 57 Prozent) bzw. mehr als 1.000 Milliarden Euro.

AUFKOMMENSPOTENTIAL DES VERMÖGENSTEUERMODELLS DER AK OÖ MIT FREIBETRAG 1 MILLION EURO

Nettovermögen in Euro und Steuersatz

- bis 1 Million: steuerfrei
- über 1 Million bis 2 Millionen: 0,7 Prozent
- über 2 Millionen bis 3 Millionen: 1,0 Prozent
- über 3 Millionen: 1,5 Prozent

ohne angenommene
„Ausweicheffekte“

10,8 Mrd. €

(Bandbreite 9,7 – 13,6 Mrd. €)

mit angenommenen
„Ausweicheffekten“

8,4 Mrd. €

(Bandbreite 7,5 – 10,6 Mrd. €)

AK Grafik; Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Daten der Europäischen Zentralbank: Household Finance and Consumption Survey 2021 und Modellrechnungen von Heck, Hornykewycz, Kapeller, Wildauer: „Vermögensverteilung in Österreich: Eine Analyse auf Basis des HFCS 2021/22“ (Juli 2024)

MYTHOS 2:

Vermögenssteuern sind leistungsfeindlich

Oft wird behauptet, dass Vermögenssteuern eine Belastung der sogenannten Leistungsträgerinnen und Leistungsträger darstellen. Es ist jedoch wichtig zu erkennen, dass Reichtum selten erarbeitet, sondern meistens vererbt wird. Erbschaften und Schenkungen erfordern keinerlei Leistungen der Begüns-

WAHRHEIT:

Der Besitz von Reichtum ist keine Leistung

tigten, werden aber dennoch nicht besteuert. Im Gegensatz dazu erfordern Arbeitseinkommen oft Höchstleistungen und werden zudem hoch besteuert. Die Arbeitnehmer:innen sind also die wahren Leistungsträger:innen im Steuersystem.

MYTHOS 3: Vermögenssteuern schaden der Wirtschaft

Steuern sind nur einer von vielen Faktoren, die die Attraktivität eines Landes als Wirtschaftsstandort ausmachen. Wichtiger als ein unternehmerfreundliches Steuerrecht sind zum Beispiel das Ausbildungsniveau, qualifizierte Arbeitskräfte, eine gut ausgebaute soziale und physische Infrastruktur, ein stabiles, vertrauensbildendes Rechtssystem und politische Stabilität.

Langfristig dienen Vermögenssteuern der wirtschaftlichen Stabilität. Je mehr Vermögen bei wenigen konzentriert ist, umso mehr wird es nicht für reale Investitionen verwen-

WAHRHEIT: Vermögenssteuern sind am wachstumsfreundlichsten und stabilisieren die Wirtschaft

det, sondern als „Spielkapital“ zur Spekulation im internationalen Finanzkasino. Im Gegensatz dazu geben Bezieherinnen und Bezieher kleiner Einkommen ihr ganzes Einkommen für Dinge des täglichen Lebens aus. Die Besteuerung von Vermögen kann die Krisenanfälligkeit senken, Finanzspekulationen eindämmen und Kapital zurück in die Realwirtschaft umleiten. In Kombination mit einer effektiven Entlastung von Arbeit führt sie zu mehr gesamtwirtschaftlicher Nachfrage, was die wirtschaftliche Entwicklung und die Beschäftigungslage begünstigt.

MYTHOS 4: Vermögenssteuern führen zu „Kapitalflucht“ ins Ausland

Ein häufiges Argument gegen Vermögenssteuern ist die Behauptung, dass sie zu „Kapitalflucht“ ins Ausland führen. Dieser Mythos ist leicht zu widerlegen. Österreich ist ohnehin Schlusslicht bei der Besteuerung von Vermögen. Mit einer Vermögensabwanderung ist nicht zu rechnen, denn noch rei-

WAHRHEIT: Österreich ist ein Steuerparadies für Reiche – und Immobilien können nicht flüchten!

chenschonendere Steuersysteme lassen sich kaum finden. Zudem besteht mehr als die Hälfte des Vermögens aus Immobilien (Grundstücke, Villen etc.). Diese sind nicht mobil – das wird von Gegnerinnen und Gegnern einer Millionärssteuer bewusst ausgeblendet.



EXKURS: INTERNATIONALE EMPFEHLUNGEN FÜR VERMÖGENSSTEUER

- ▶ Internationale Organisationen wie die OECD und der Internationale Währungsfonds (eine von Industriestaaten dominierte Sonderorganisation der UNO) empfehlen Österreich seit vielen Jahren eine andere Steuerstruktur, die Wachstum und Beschäftigung fördert.
- ▶ Die OECD rät der österreichischen Regierung beispielsweise, lohnbezogene Abgaben für niedrigere Einkommen zu senken und die Einnahmen aus Konsum- und Umweltsteuern zu erhöhen. Auch die Erhöhung von vermögensbezogenen Abgaben und die Wiedereinführung von Erbschaftssteuern werden empfohlen.
- ▶ Die Europäische Kommission weist darauf hin, dass die hohe Abgabenbelastung für niedrige Einkommen negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung hat. Sie regt an, die Einnahmen verstärkt auf weniger wachstumsschädliche Steuern wie Immobilien- oder Umweltsteuern zu verlagern.
- ▶ Ein Bericht der OECD zeigt zudem auf, dass ohne ausgleichende (Vermögens-)Besteuerung die Vermögensungleichheit automatisch weiter zunimmt. Die Besteuerung von Kapitalerträgen reicht daher nicht aus und sollte durch Vermögenssteuern ergänzt werden.
- ▶ Für Österreich bedeutet das, dass die Einführung einer Millionärssteuer sinnvoll wäre, um die Vermögensungleichheit zu bekämpfen.

Quellen: OECD Economic Survey 2019; IWF 2020; Europäische Kommission 2020 und 2023; OECD Tax Policy Studies (2018), The Role and Design of Net Wealth Taxes in the OECD (2018)



MYTHOS 5:
Vermögenssteuern gefährden Familienbetriebe

Eine Millionärssteuer hätte keine negativen Auswirkungen auf die Betriebe, da nicht das Unternehmensvermögen, sondern das private Vermögen von natürlichen Personen besteuert würde. Das betrifft hauptsächlich Aktien und Beteiligungen.

Die oft zitierten Eigentümerinnen und Eigentümer von Klein- und Mittelbetrieben wären durch den großzügigen Freibetrag (von einer Million Euro netto) gar nicht oder

WAHRHEIT:
Nur Privat-Vermögen sollen besteuert werden!

nur minimal betroffen. Wenn das Unternehmen mehreren Personen gehört, stehen Freibeträge mehrmals zu. Des Weiteren setzt die Millionärssteuer bei der Besteuerung des Nettovermögens an. Das bedeutet, dass vom Wert einer Unternehmensbeteiligung Kredite des Steuerpflichtigen abgezogen werden können. Zudem machen Unternehmenswerte weniger als ein Fünftel des privaten Gesamtvermögens aus.

MYTHOS 6:
Vermögenssteuern sind eine ungerichte „Doppelbesteuerung“

Jeder verdiente Euro wird zum Beispiel mit der Lohnsteuer besteuert. Wenn dieser Euro ausgegeben (konsumiert) wird, ist zudem Mehrwertsteuer zu entrichten. Eine Millionärssteuer entspricht also den gängigen Prinzipien. Zusätzlich ist es wichtig zu beachten, dass die hohen Vermögen der Reichen in der

WAHRHEIT:
Jeder Euro wird gerechterweise im Wirtschaftskreislauf mehrmals besteuert.

Regel durch Schenkungen und Erbschaften erworben wurden. Die Erben haben für den Zufluss noch nie Steuern bezahlt. In Österreich werden sowohl Schenkungen als auch Erbschaften nicht besteuert. Daher wäre die Einhebung einer Vermögenssteuer in diesem Fall keine Doppelbesteuerung.



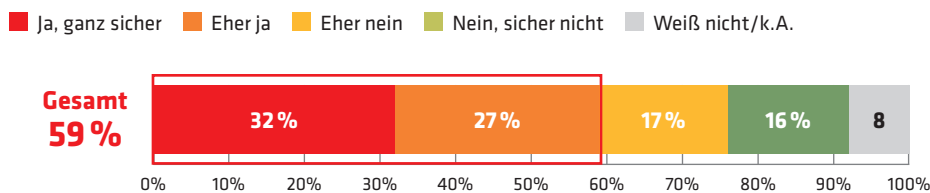
EXKURS: EINSTELLUNGEN ZU ERBSCHAFTS- UND VERMÖGENSSTEUERN

Umfrage 1: profil / September 2023

Bei einer im September 2023 durchgeführten Online-Umfrage im Auftrag des Wochenmagazins profil sprachen sich 59 Prozent der 500 Befragten für die Besteuerung von Erbschaften ab einer Million Euro aus. Sehr oder eher dagegen waren nur 33 Prozent.

EINSTELLUNG ZU ERBSCHAFTSSTEUERN

Sollen in Österreich Erbschaften über einer Million Euro künftig besteuert werden?



AK Grafik; Quelle: Unique Research; Auftraggeber: Profil; Methode: Online-Befragung; Zielgruppe: Wahlberechtigte ÖsterreicherInnen; Stichprobengröße: 500 Befragte; Maximale Schwankungsbreite der Ergebnisse: +/- 4,4 %; Feldarbeit: 4. bis 7. September 2023.

Umfrage 2: GPA / November und Dezember 2022

Im November und Dezember 2022 fragte das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) im Auftrag der Gewerkschaft GPA 1.000 Personen nach ihrer Einstellung zu verschiedenen Möglichkeiten der Krisenfinanzierung.

Eine Mehrheit von 70 Prozent hielt die Einführung von Erbschafts- und Vermögenssteuern ab 1 Million Euro zur Krisenfinanzierung für eine sehr gute (42 Prozent) oder eher gute (28 Prozent) Idee. Nur 31 Prozent der Befragten hielten solche Steuern für eine eher (18 Prozent) oder sehr schlechte (13 Prozent) Idee zur Krisenfinanzierung. Je geringer das Haushaltseinkommen der befragten Person, desto höher war die Zustimmung. Nur 12 Prozent der befragten Personen gaben an, dass sie von einer Erbschafts- und Vermögenssteuer ab 1 Million Euro betroffen wären.

Keine weiteren Steuergeschenke für Großkonzerne

Die bestehenden Steuergeschenke für Unternehmen und legale Möglichkeiten zur Steuerermeidung führen dazu, dass der Beitrag der Unternehmen zum Steueraufkommen viel zu niedrig ausfällt. Steuergeschenke für Unternehmen, wie zuletzt die Senkungen des Körperschaftsteuersatzes um acht Prozent verschärfen diese Schieflage noch mehr und kommen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer teuer zu stehen.

Genau das Gegenteil ist erforderlich: faire Beiträge der Unternehmen. Auch durch legale Steuertricks wird die Schieflage weiter verschärft. Während den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ihre Steuern und Abgaben auf Euro und Cent sofort abgezogen werden, haben Konzerne und Reiche mit Gewinn- und Kapitaleinkommen zahlreiche Gestaltungsmöglichkeiten, um ihre Steuerleistung zu minimieren.

FORDERUNGEN DER ARBEITERKAMMER OÖ

- ▶ **Die beste Gesundheitsversorgung und lebensstandardsichernde Pensionen**
statt Steuergeschenke für Unternehmen, die Steuer ausfälle und Leistungskürzungen im Sozialstaat zur Folge haben.
- ▶ **Eine echte Steuerstrukturreform,**
die alle Arbeitnehmer:innen bei der Lohnsteuer entlastet.
- ▶ **Einführung einer Millionärssteuer**
auf Netto-Privatvermögen über einer Million Euro.
- ▶ **Einführung einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer**
mit einem Freibetrag von einer Million Euro, der sicherstellt, dass im Laufe eines Arbeitnehmerlebens Erspartes steuerfrei weitervererbt werden kann.
- ▶ **Wohnbonus von bis zu 800 Euro für alle Arbeitnehmer:innen**
als negativsteuerfähigen Absetzbetrag von der Lohn- und Einkommensteuer. Er soll 10 Prozent der Wohnkosten (höchstens 800 Euro pro Jahr) ausmachen und für den laufenden Mietzins bzw. für Kreditrückzahlungen bei Ankauf, Neubau oder Sanierung von Wohneigentum zur Anwendung kommen.
- ▶ **Rücknahme der Senkungen der Körperschaftsteuer**
- ▶ **Kampf gegen internationale Steuertricks und Ausweitung der globalen Mindeststeuer,**
damit die großen multinationalen Unternehmen und die in Österreich vertretenen Online-Konzerne endlich auch einen fairen Beitrag leisten und der ruinöse Steuerwettbewerb zwischen den Staaten weiter reduziert wird.



DIE ARBEITERKAMMER IN LINZ UND DEN BEZIRKEN

Beratung, Vertretung und Einsatz für Ihre Interessen

AK Oberösterreich, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz, Tel: +43 (0)50 6906

AK Braunau, Salzburgerstraße 29, 5280 Braunau, Tel: +43 (0)50 6906-4111

AK Eferding, Unterer Graben 5, 4070 Eferding, Tel: +43 (0)50 6906-4211

AK Freistadt, Zemannstraße 14, 4240 Freistadt, Tel: +43 (0)50 6906-4312

AK Gmunden, Herakhstraße 15b, 4810 Gmunden, Tel: +43 (0)50 6906-4412

AK Grieskirchen, Manglborg 22, 4710 Grieskirchen, Tel: +43 (0)50 6906-4511

AK Kirchdorf, Sengsschmiedstraße 6, 4560 Kirchdorf, Tel: +43 (0)50 6906-4611

AK Linz-Land, Kremstalstraße 6, 4050 Traun, Tel: +43 (0)50 6906-5611

AK Perg, Hinterbachweg 3, 4320 Perg, Tel: +43 (0)50 6906-4711

AK Ried, Peter-Rosegger-Straße 26, 4910 Ried im Innkreis, Tel: +43 (0)50 6906-4813

AK Rohrbach, Ehrenreiterweg 17, 4150 Rohrbach, Tel: +43 (0)50 6906-4912

AK Schärding, Schulstraße 4, 4780 Schärding, Tel: +43 (0)50 6906-5011

AK Steyr, Redtenbachergasse 1a, 4400 Steyr, Tel: +43 (0)50 6906-5116

AK Vöcklabruck, Ferdinand-Öttl-Str. 19, 4840 Vöcklabruck, Tel: +43 (0)50 6906-5217

AK Wels, Roseggerstraße 8, 4600 Wels, Tel: +43 (0)50 6906-5318

Medieninhaberin, Herausgeberin und Redaktion:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz

Hersteller: Gutenberg-Werbering Gesellschaft m.b.H., Anastasius-Grün-Straße 6, 4021 Linz

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: siehe ooe.arbeiterkammer.at/impressum

Eine Information der Arbeiterkammer Oberösterreich, Abt. Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik, Telefon: +43(0)506906-2414, E-Mail: wsg@akooe.at

ooe.arbeiterkammer.at



Oberösterreich